

igelungsbemühungen ("Wagenburgmentalität") liegt - so könnte man nun interpretieren - die Strategie zugrunde, im Verweis auf die gelebte Alltagspraxis die Inklusion in den vorherrschenden kulturellen Traditionsbestand zu demonstrieren, um Anrechte auf eine privilegierte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum zu begründen.

Mit solchen Entwicklungen ist jedoch noch lange nicht das Ende der Bedeutung von Lebensstilen eingeläutet. Solange die modernen Individuen auf der Basis von Freiräumen auf die *Einlösung subjektiver Gestaltungsambitionen* pochen und Fragen des gelebten Lebensentwurfs und der Identitätspolitik auf dem *kulturellen Feld* verhandelt werden, ist die Lebensstilsemantik in der alltäglichen Praxis sozialer Unterscheidung weiterhin von großer Bedeutung. Folgt man Giddens (1991b), daß reflexiv gewordenes Wissen die Organisation sozialer Beziehungen anleitet, also konstitutives Element der Reproduktion sozialer Strukturen und der Entstehung von Kollektividentitäten ist, dann werden die Ansprüche auf Realisierung bestimmter Lebensstile konsequent in die Politik getragen. In Rahmen einer "life politics" oder "politics of selfactualization" wird auf der Basis einer gewählten Identität das Recht auf Selbstverwirklichung eingeklagt. Reflexive Prozesse der Selbstbeobachtung, expressiven Symbolik und Stilpflege, die ihre Ressourcen im Bereich des Ästhetischen suchen, werden für moderne Prozesse der Selbstkonstruktion und Lebensstilbildung wichtiger (vgl. Hitzler 1994a). Die Selbstreflexivität wird gestärkt, da mit steigender Stilisierungsneigung aber auch der Druck auf Wahlentscheidungen für Stilpräferenzen und Stilisierungspraktiken zunimmt.

Die von der Lebensstildifferenzierung ausgehende Konflikt- und Integrationsdynamik nimmt zu, wenn die Präferenzmuster von Lebensstilen die Lebenschancen anderer beschneiden oder an ökologische und ökonomische Grenzen stoßen. Dann geht es um die Verteilung lebensstilspezifischer Ressourcen: z. B. wenn der Zugang zu bestimmten lebensstilanzeigenden Freizeitaktivitäten wie Skifahren, Rafting, Climbing aufgrund von Umweltschädigungen im größeren Ausmaß reglementiert wird; wenn Infrastruktureinrichtungen wie Kindertagesstätten schließen, dadurch die Berufstätigkeit der Erziehenden (zumeist der Mütter) aufgegeben werden muß und ein präventiv ausgerichteteter Konsumstandard nicht mehr zu halten ist; wenn ein Ortswechsel erzwungen wird, jedoch die Lage der Wohnung (und damit auch ihr Preis) die Anziehungskraft des Lebensstils ausmacht. Aber auch die selbstbestimmte Kontrolle über Zeit (Hörning u.a. 1990, Hörning 1991) und Raum (s. Becker und Dangschat, beide in diesem Band) werden als Ressourcen und Kristallisationskerne von Lebensstilen an Bedeutung gewinnen und als Konfliktthema in Lebensstilauseinandersetzungen eingespeist. Lebensstile treiben nicht nur soziale Differenzierungsprozesse voran, sondern wirken auch als Produktivkraft von sozialer Ungleichheit.

Radikalisierte Praktiken der Distinktion.

Zur Politisierung des Lebens in der Stadt

Ronald Hitzler

1. Einleitung

Der immer unübersichtlicher werdende Alltag einer zunehmend individualisierten Lebensführung politisiert gegenwärtig das menschliche Zusammenleben - insbesondere und prototypisch das Leben im urbanen Raum. Manche Sozialwissenschaftler beharren zwar nach wie vor auf der Annahme, die Menschen lebten typischerweise noch immer vorwiegend in "stabilen Verhältnissen", die gelegentlich wohl zerrüttet, letztlich aber lediglich *personell* "umarrangiert", nicht jedoch *strukturell* aufgelöst würden. Diesem Struktur-Konservatismus steht aber die typische biographische Erfahrung - insbesondere unter urbanen Bedingungen - gegenüber, daß wir heute *grundsätzlich*, und das heißt: auch dann, wenn unsere je aktuelle Lebenslage nach außen hin stabil wirkt, existenziell verunsichert sind. Wir werden nachgerade permanent nicht nur selber in Wahl- und Entscheidungssituationen gestellt, sondern auch mit immer neuen - uns einmal mehr, einmal weniger überraschenden - Plänen, Entwürfen und Entscheidungen von, unsere Biographie mehr oder weniger nachhaltig tangierenden, *anderen* Akteuren konfrontiert. Das irritiert traditionelle Gewohnheiten des Zusammenlebens und des Miteinanderumgehens und bewirkt, daß die sozialen "Verkehrsformen" neu ausgehandelt und organisiert werden müssen. Dadurch "politisiert" sich, wie sich an ganz unterschiedlichen Beispielen zeigen läßt, insbesondere in den Städten das Alltagsleben der Menschen. *Eine* Manifestation dieser "Politisierung" ist das Entstehen von allen möglichen "Bürgerschutz-Initiativen".

2. "Politik der Lebensstile"

Noch vor wenigen Jahren schien es so, als lasse sich die großstädtische Arena subkultureller Distinktionsmarkierungen als ein etwas rauheres Exempel der zwar nicht reibungsfreien, aber in ihrem postmodernen Pluralismus doch durchaus bewältigbaren multikulturellen Industriezivilisation beschreiben: Exemplarisch für diesen Ansatz stehen die theoretischen und empirischen Untersuchungen einer Berliner Projektgruppe zur im urbanen "Vergesellschaftungsraum" verortbaren sogenannten "Politik der Lebensstile" (s. Berking und Neckel 1986, 1987, 1990; Schwengel 1987 und Neckel 1993b). "Politik der Lebensstile" wurde dabei we-

sentlich verstanden als politische Attitüden manifestierende differenzmarkierende Selbst-Darstellungen von mittels Fremd- und Selbsttypisierung hergestellten sozialen Formationen.

Diese Formationen weisen signifikante Interaktions- und Kommunikationsstrukturen auf, bilden distinkte Wissens- und Relevanzstrukturen aus und unterliegen je eigenen Regelmäßigkeiten. Das Handeln in einer solchen Kulturformation erfolgt dementsprechend typischerweise im Rekurs auf "hier" (und oft *nur* "hier") gültige Deutungs- und Verhaltens-Schemata. D.h., *individuell* kann man als *akzeptables* Mitglied einer solchen Formation nur in dem Maße handeln, in dem sich das eigene Tun mit deren kulturellen Prinzipien, mit deren kultureller "Ordnung" verträgt bzw. diese nicht tangiert. Dafür kann man, für die begrenzten Zwecke, um die es im Rahmen solcher Kollektiv-Veranstaltungen geht, auch relativ problemlos auf *hier* als erfolgreich etablierte, hierarchische Relevanzsysteme rekurrieren. Dadurch werden reziproke Verhaltenserwartungen zunächst im In-group-, dann auch im Out-group-Verhältnis standardisiert. D.h., die an solchen Sinn- und Stil-Formationen partizipierenden Individuen werden *wechselseitig* in den verschiedenen Rollen, in denen sie in Erscheinung treten können, in hohem Maße einschätzbar und damit gewissermaßen - zumindest füreinander - "verlässlich" (Soeffner 1992b).

"Politik der Lebensstile", das bezeichnet mithin kollektive Formen des rituellen Sich-Absetzens von, des symbolisch-emblematischen Sich-Dagegensetzens gegen und des expressiven Sich-Entsetzens über andere und anderes - insbesondere von, gegen und über (wie auch immer negativ konnotierter) *Normalität* (s. auch Raphael 1989). Die "Politik der Lebensstile" überschneidet sich somit, ohne im einen oder im anderen "aufzugehen", einerseits mit der "Politik der Neuen Sozialen Bewegungen" (vgl. dazu Brand 1989) und andererseits mit dem, was Beck (1992, 1993) "Subpolitik" nennt: mit einer im Kern "subversiven" Politik, mit einer Politik also, die alles (politisch) Gewohnte prinzipiell oder prinzipienlos sabotiert, mit politischem Handeln, das die Konventionen und Institutionen entkernt, unterhöhlt, zersetzt. Subpolitik kann überall und immer im sozialen Raum entstehen und stattfinden, z.B. in der Wirtschaft, der Rechtsprechung, der Medienöffentlichkeit, der bürgerlichen Privatheit und in Bürgerinitiativen, die gleichsam als folgerichtige Konsequenzen erfolgreicher Demokratisierungsprozesse "das (bislang funktional ausdifferenzierte) Politische" aufsprengen. Sie bezieht sich auf strittige Fragen von lokaler bis globaler lebenspraktischer Bedeutung, die, mit welchen Kautelen auch immer, auf der sozialen Agenda plazierte, der Allgemeinheit als zu bearbeitendes Thema und zu bewältigende Aufgabe anheimgestellt werden sollen. Kurz gesagt: "Das Private wird politisch" (Beck 1986, S. 180).

Die "Politik der Lebensstile" nun wird zwar von moralisierenden Antiritualisten (vgl. dazu Soeffner 1992c) ebenso betrieben wie von moralisierten Berufs-

ständlern (vgl. dazu auch Pfadenhauer 1993), aber eben nicht *nur* von diesen. Und die "Politik der Lebensstile" meint auch mehr: zum einen den nachgerade allgegenwärtigen Distinktionskampf *im* sozialen Raum (vgl. Bourdieu 1982) und zum anderen die - damit im engeren Sinne *politische* - Auseinandersetzung um die Definitionsmacht *über* den sozialen Raum. Betrieben wird die so verstandene "Politik der Lebensstile" von *allen* in die Arenen des öffentlichen Lebens hereindringenden und -dringenden Akteuren.

Was die Rekonstrukteure der "Politik der Lebensstile" bei ihren Analysen damals allerdings noch weitgehend vernachlässigt haben, das ist, daß die Akteure ihre Kollektiv-Identitäten keineswegs nur sozusagen "habituell" aus einem bestimmten Bereich des politisch-kulturellen Spektrums zusammenbasteln, sondern daß sie durchaus auch zurückgreifen können auf bzw. "Anleihen" machen bei zwischenzeitlich als obsolet, ja anachronistisch eingeschätzt gewesenen Ideologie-Konstrukten (vgl. dazu z.B. Heitmeyer 1992). Irgendwelche verbindlichen bzw. verlässlichen "Richtungsanzeiger" - zum Guten oder zum Bösen, zu einem apokalyptischen oder zu einem utopischen Szenario, mit optimistischen oder mit pessimistischen Vor-Zeichen - gibt es für politisches Handeln unter den Bedingungen individualisierter Lebensverhältnisse also offensichtlich nicht.

Dementsprechend wandeln sich inzwischen auch hierzulande die Großstädte von *Schauplätzen* aller möglicher, mehr oder minder expressiv inszenierter Ungleichheiten zu *Nahkampfstätten* heterogener und vielfach antagonistischer Wohn- und Lebensinteressen (s. auch Gerhards 1993). Infolgedessen ist es offenbar klüger für den Fremden, zu dem jeder einzelne schon beim Gang um die nächste Ecke werden kann, sich durch ihm wenig oder nicht vertrautes urbanes Terrain *mit* statt *ohne* Vorurteile darüber zu bewegen, welchen Risiken man in welchen Milieus und Arrealen ausgesetzt ist. Je mehr Menschen unterstellt wird, davon zu leben, durch die Verfolgung *ihrer* Interessen anderen Menschen das Leben (wie auch immer) schwer zu machen, um so mehr wird denen, denen (vermeintlich) das Leben von anderen schwer gemacht wird, die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung, Sicherheit zum nicht mehr nur privaten Anliegen, sondern zur öffentlich vorgetragenen, zur politischen Forderung. Speziell in den neuen Bundesländern ist die alltägliche Verunsicherung der Menschen durch jene nicht in den Einigungs- und Beitrittsverträgen und schon gar nicht in den Erwartungen "anständiger Bürger" vorgesehene Um-Nutzung rechtsstaatlicher Freiheitsräume in Form illegaler, krimineller oder sonstwie unerwünschter Aktivitäten deshalb ein anhaltendes Thema sowohl der Medien als auch der Sozialforschung (s. auch Hornboitel und Hausmann 1993).

3. "Wagenburg"-Mentalitäten

Sich abschotten, einschließen, einbunkern, das sind bis jetzt zwar noch die am meisten verbreiteten Reaktionsweisen auf die Angst vor dem, was sich "da draußen" (vor der Tür) abspielt, was einen in vielfältigen "Masken" zu bedrohen scheint. Türriegel, Vorlegeschlösser, Mehrfachsicherungen, Alarmgeber und Überwachungskameras breiten sich von den Großbürger-Villen in die Kleinbürger-Quartiere aus: Wohnen hinter einem Wall von Sperrmechanik und Einfriedungselektronik. Trillerpfeifen, Pfeffersprays, Tränengaspistolen, Elektroschocker gehören zur individuellen städtischen Survival-Ausrüstung: Noch scheint (hierzulande) die Passiv-Bewaffnung die Heimkehr mit heiler Haut hinlänglich zu gewährleisten.

Wo derlei "privatistische" Vorkehrungen zum Schutz von "Hab und Gut" und von "Leib und Leben" das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit nicht mehr so recht gewährleisten wollen, da werden dann neuerdings jedoch, ganz im Sinne der Beckschen Konzeption von "Subpolitik", die (anscheinend chronisch unterbesetzten) amtlichen Ordnungskräfte verstärkt, ergänzt und - im Zweifels- und (noch) im Ausnahmefall auch: ersetzt (vgl. dazu auch Johnston 1992). Je nach Mentalität und Ressourcenlage des Schutzbedürftigkeit deklarierenden Milieus werden hierzu kommerzielle Wachdienste engagiert, observationsfreudige Nachbarschaftshilfen gegründet oder - mehr oder weniger zu- und durchgriffswillige - Quartier-Patrouillen und Bürgerwehren organisiert.

"Schwarze Sheriffs" und (sehr viel seltener) "Guardian Angels" demonstrieren Präsenz in den öffentlichen Nahverkehrsnetzen, durch die schützenswerte Restnatur urbaner Erholungsräume streifen freizeitaktive Umwelt-Wächter, und im Bemühen um staatliche Kanalisierung und Kontrolle bürgerlicher Wehrwilligkeit werden, nach Baden-Württemberg und Berlin, derzeit auch in Bayern amtlicherseits freiwillige Hilfstruppen für den Polizeidienst installiert. Kurz: In dem Maße, in dem "Sicherheit" zum zentralen Indikator der Frage nach (städtischer) Lebensqualität wird, steigen die *Kosten* für dieses als zunehmend "knapper" werdend bewertete Gut; Kosten, die offenbar entweder in Form von Zeitinvestitionen, von Disziplin und persönlichem Risiko oder in Form finanzieller Mehraufwendungen oder in beiderlei Hinsicht anfallen. Das komplexe Beispiel der neuen Selbstschutzkultur verdeutlicht somit einmal mehr, daß Individualisierung und Standardisierung keineswegs im Widerspruch zueinander stehen. Im Gegenteil: Massenhaft steht heute auch beim Thema "Sicherheit" der einzelne vor einem Bündel moralischer, politischer, physischer Entscheidungen.

Grosso modo, d.h. je nach "Temperament" und Organisationsform, schaffen die neuen "Vigilanten" (vgl. Rosenbaum und Sedeberg 1976) dort, wo (ihnen) die tradierten zivilisatorischen Regeln des Zusammenlebens suspendiert erscheinen,

neue Ordnungsräume. Insbesondere Nachbarschaftshilfen aller Art befördern Solidarität und kollektives Selbstvertrauen unter den in solchen Initiativen Engagierten, und sie schüren zugleich nervöse Wachsamkeit, Mißtrauen gegenüber allem und jedem, was nicht "dazugehört" und somit präventiv als "verdächtig" einzustufen ist. Dergestalt könnten sich unter den einschlägig sensibilisierten Städtern schnell "Wagenburg-Mentalitäten" ausbreiten: hohe Sozialkontrolle "nach innen" und abwehrbereite Geschlossenheit "nach außen".

All das: Die (vermeintlichen) Zustände in unseren Städten und die vielfältigen aktivistischen Re-Aktionen auf die daraus für den einzelnen (möglicherweise) resultierenden Lebensumstände, sind Indikatoren einer fortschreitenden *Radikalisierung der Moderne* (in politisch-kultureller Hinsicht). Gemeint ist damit im wesentlichen die zunehmende Infragestellung überkommener gesellschaftlicher Verkehrs- und Vollzugsformen, die Installation der (moralischen) Einklagbarkeit des Teilhabe- und Teilnahme-Anspruches von jedermann (und natürlich auch: jeder Frau) jederzeit und allerorts und somit die Öffnung von immer mehr Handlungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen für tendenziell jeden einzelnen.

Skeptisch und informationssüchtig zugleich, selbstbewußt, eigensinnig und fordernd setzen die dergestalt politisierten Bürger gerade jene Angelegenheiten, die bislang als ihre durchaus "privaten" galten, auf die Agenda des politisch Verhandlungsfähigen und Durchsetzungsbedürftigen (von der Kindererziehung und Verkehrsberuhigung über die Sehnsüchte nach sauberer Umwelt und geschlechtsspezifischer Selbstverwirklichung bis zur Abneigung gegen merkwürdige Ansichten und fremdländische Nachbarn und eben zur Abwehr "suspekter" Elemente). Dabei kündigen sie allerorten ihr gewohntes "Grundeinverständnis" mit immer mehr bislang fraglos anerkannten bürgerlichen Ordnungsgewohnheiten auf und "entgrenzen" so (fast beiläufig) den gesamten Bereich des Politischen.

4. Lebensstil als (politisches) Handlungsproblem

Warum ich diese Szenarios als "Politisierung des Lebens in der Stadt" bezeichne, sollte verständlich werden, wenn man "das Politische" nicht reduziert auf einen institutionell bzw. organisatorisch ausgegrenzten Teilbereich des menschlichen Zusammenlebens, sondern davon ausgeht, daß "politisch" einfach jene "Intensität" des Handelns bezeichnet, die aus dem Problem der Herstellung, des Erhaltens oder der Veränderung gesellschaftlicher Ordnung(en) schlechthin resultiert. Das - implizite oder explizite - Ziel jeglichen als "politisch" definierbaren Handelns ist somit der Erwerb, der Erhalt oder die Erweiterung von - wie auch immer gearteten - Möglichkeiten, auf spezielle und/oder anonyme andere zugunsten eigener Ziele und Interessen einzuwirken. Diese Möglichkeiten stellen also das dar, was Weber (1972) "Macht" nennt: die Chance, seinen Willen (auch gegen Widerstre-

ben) durchzusetzen. Jede Maßnahme, die mit der Intention getroffen wird, hierfür geeignet zu sein, ist mithin eine im weiten Sinne *politische* Maßnahme.

So verstandenes politisches Handeln, als einer Grundform von sozialem Handeln, findet auf *allen* Ebenen und in *allen* - dauerhaften wie kurzlebigen - Konstellationen des sozialen Zusammenlebens statt. *Strukturell* gesehen geht es bei diesem Handlungstypus, worauf auch immer seine praktischen Konkretionen sich thematisch beziehen, um die Erlangung und Sicherung von *Definitionsmacht*. Ob Definitionsmacht absichtsvoll oder beiläufig, wohl geplant oder unversehens, vordergründig oder hinterhältig, konsensuell oder antagonistisch, legitimerweise oder usurpatorisch, mit moralisch "guten" oder "verwerflichen" Gründen ausgeübt wird, ist bei dieser Bestimmung unerheblich.¹ Erheblich ist hingegen, daß das Definieren einer Situation *notwendigerweise* ein (soziales) *Handeln* ist, wie routiniert und schematisiert, wie selbstverständlich und fraglos dieses Handeln auch vollzogen werden mag.

Aufgrund der Annahme, daß Subjekte als aktive, kompetente Konstrukteure ihrer Wirklichkeit(en) begriffen werden sollten, ergibt sich somit die Notwendigkeit, die Erfahrungs-Differenz zwischen "Müssen" und "Wollen" neu zu beschreiben und dadurch dazu beizutragen, das Verhältnis von "Auferlegtheit" und "Freiwilligkeit", von "Eingelebtheit" und "Gestaltbarkeit", von "Impliztheit" und "Expliztheit" neu-erkannter sozialer Verhaltensmuster aufzuklären. Und das heißt hier vor allem: Es stellt sich die Aufgabe, das strukturanalytische Konzept des "Lebensstils" auf die Akteursperspektive zurückzuführen und aus dieser zu reformulieren²: M.E. sind Lebensstile auf Distinktion hin angelegte ästhetische *Optionen*, wie sie gerade in städtischen Kontexten vorhanden sind.³ Es macht demnach wenig Sinn, Lebensstile als (wie auch immer) *aufgelegte* Vollzugsformen zu charakterisieren. Ein (z.B. durch materielle Not) aufgezwungener Habitus (vgl. Bourdieu 1982) ebenso wie eine alternativlose soziale Positionierung, das ist *kein* Stil, weil sich damit per se keine Gestaltungsabsicht verknüpft. Nicht jeder Lebensvollzug hat also "Stil", und nicht alles, was ein Ungleichheits-sensibilisierter Soziologe als "gruppierungstypisch" identifizieren kann, ist auch der Erfahrungsqualität nach "Stil".

1 Aber jedes Handeln das dazu dient, das Handlungsziel "Definitionsmacht" zu verdecken bzw. zu verschleiern, bezeichne ich als "*machiavellistisch*" (Hitzler 1991, 1993a).

2 Die Kompetenz der Akteure wird besonders betont in allen Spielarten der sich auf Alfred Schütz beziehenden Soziologie: von der Ethnomethodologie (Garfinkel 1967) bis zur neueren Wissenssoziologie (Berger und Luckmann 1969), von der historisch-rekonstruktiven Hermeneutik (Soeffner 1989) bis zur Theorie der "Subjective Expected Utility" (SEU) (s. Esser 1991a, 1993).

3 Die Möglichkeit, zwischen Lebensstil-Angeboten zu wählen oder sich aus Versatzstücken derselben "seinen eigenen" zu "basteln", ist eines der Kernelemente der von Gross (1994) propagierten "Multiptionsgesellschaft" (s. auch Hitzler und Honer 1994).

Ein dergestalt handlungstheoretischer Ansatz zur Lebensstil-Forschung (ansetzend eben beim Akteur als dem "Stilisten" seines Lebens) geht offenkundig mit einem entschiedenen Perspektivenwechsel einher: Weg von der traditionellen Fragestellung der Ungleichheitsforschung nach den sozialstrukturellen Bedingungen individueller Lebensorientierungen und Lebensäußerungen und hin zum eher phänomenologisch legitimierten Interesse an den Qualitäten der Erfahrungskorrelate des modernen Menschen - und damit eben zu dem, was wir "Lebensweltanalyse" nennen (vgl. z.B. Hitzler und Honer 1991).

Die dabei rekonstruierten *kleinen sozialen Lebens-Welten* heben sich im System subjektiver lebensweltlicher Relevanzen thematisch, interpretativ und motivational ab als Korrelate spezifischer Interessen und Interessenbündel. Diesen kleinen Lebens-Welten eignen je unterschiedliche Grund-Einstellungen und Erfahrungsweisen, bei deren Rekonstruktion Wissens- und Bedeutungsaspekte ebenso wie raum-zeitliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Diese können, müssen aber nicht auf Lebensstil-Orientierungen verweisen. Denn, nochmals, zwar ist jede unserer Lebensäußerungen "vor Publikum" (zwangsläufig) eine (beabsichtigte oder unbeabsichtigte) Form der Selbst-*Inszenierung*, aber nicht jede Lebensäußerung ist eine Selbst-*Stilisierung*.

Natürlich gibt das, was der Akteur als "Ordnung" akzeptiert, ihm unbestreitbar Handlungssicherheiten, also "Habits" (vgl. Esser 1990), auf denen er entscheidungsentlastende Routinen aufzubauen vermag. In dem Maße aber, in dem ihm "Ordnung" selber thematisch wird, in dem Maße also, in dem ihm "fragwürdig" wird, a) ob er sich selber an jene Regeln, die eine bestimmte Ordnung konstituieren, halten kann oder soll, b) ob sich andere Akteure daran halten und zukünftig daran halten werden, und c) wie sich die Erfüllung reziproker Verhaltenserwartungen überhaupt feststellen oder gar sicherstellen läßt (vgl. dazu Garfinkel 1967), in dem Maße also, wie er *politisch* wird, in dem Maße hat es der Akteur grundsätzlich zu tun mit *Kontingenzproblemen*, d.h., vereinfacht gesprochen, mit der Notwendigkeit, zu klären, was denn überhaupt los sei in einer Situation, und mit *Interdependenzproblemen*, das heißt mit der Notwendigkeit, zu klären, in welchen Beziehungen er zu situativ relevanten anderen Akteuren steht (vgl. Schimank 1992). Anders ausgedrückt: Der politisierte Akteur hat "in Situation" ein strukturelles Strategieproblem, nämlich das der *Interpretation* der Interaktionsordnung, der *Selektion* von Handlungsalternativen und der *Applikation* von Deutungs- und Handlungsschemata.

Politisierung bedeutet - ganz allgemein gesagt - also vielleicht nicht gerade die von Beck (1993) reklamierte "Erfindung des Politischen", aber sie meint immerhin die (Wieder-) Entdeckung politischer Handlungschancen in grundsätzlich jedem Kontext und für grundsätzlich *jeden* Akteur: Die in die Öffentlichkeit hereindrängenden und hier die Sachzwang-Routinen irritierenden Bürger *negieren* nicht einfach die gegebene institutionell-organisatorische Ordnung. Sie kehren

zurück -und bleiben auf Distanz: Sie machen symptomatischerweise keine (intellektualistische) "Antipolitik" (vgl. dazu Konrad 1985), sondern eine skeptische und zugleich enthusiastische, eine ekstatische und zugleich nörgerische, eine biedersinnige und zugleich groteske, also eine gegenüber allen klassifizierungstechnokratischen Verortungsversuchen *subversive* Politik.⁴

5. Antagonismen und Verteilungskämpfe

Die Politisierung des Lebens in der Stadt korrespondiert mit einer Art von zögerlichem, widerwilligem Erwachen aus einem kollektiven "Traum immerwährender Prosperität" (Lutz 1984) in den modernen Industriegesellschaften - und insbesondere eben in der erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Denn entgegen allen dermaleinst aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus gespeisten Hoffnungen und allen ebenso vollmundigen wie verantwortungslosen wahltaktischen Verheisungen: Die wirtschaftliche Entwicklung retardiert gegenwärtig ebenso wie (weniger augenfällig, aber längerfristig vermutlich weitaus problematischer) die *zivilisatorische*: Auf den Nährböden von Ego- und Ethno-Zentrik, der Enge, des Mißtrauens, des Neids, der Nörgelei, des An- und Einspruchs, der aktiven Ab- und Ausgrenzungen flackert vor dem Hintergrund der Einschränkungen sozialstaatlicher Sicherungssysteme der überwunden geglaubte "Kampf aller gegen alle" wieder auf (s. auch Enzensberger 1993).

D.h., das Alltagsleben in der Stadt wird zunehmend dadurch geprägt, daß auf der Basis ökonomischer, ideologischer, ökologischer, ethnischer und mannigfaltiger anderer Antagonismen die noch in den achtziger Jahren zentrale Distinktionspolitik der Lebensstile (wieder) mehr und mehr überlagert wird von "Verteilungskämpfen" aller Art um materielle Güter, um Weltdeutungen, um Kollektiv-Identitäten, um Lebensgewohnheiten und -qualitäten, um soziale Räume, Zeiten und Ressourcen, um Gestaltungschancen, um Grundsatz- und Detailfragen. Diese "Verteilungskämpfe" lassen sich m.E. kaum noch und immer weniger mit dem überkommenen klassifikatorischen Analyse-Raster von Links und Rechts, von progressiv und konservativ, von revolutionär und reaktionär, usw. fassen.

Die politisierte Stadt zeigt sich symptomatischerweise unter anderem und *zugleich* als ein (hektisches) Durcheinander vielfältiger, vielfach antagonistischer Ideologien und ideologischer Kombinationen, Mixturen und Melangen, als eine stete Quelle ökonomischer Irritationen infolge immenser Umschichtungen von Ressourcen und der diese begleitenden "Überlebens-Kämpfe", als eine Brutstätte

⁴ Ausführlicher zum Verständnis von Lebensstil als einem Handlungsproblem: Hitzler (1994a, 1994b); Hitzler und Honer (1994).

der Militanz im Hinblick auf zunehmende zwischenmenschliche Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung der je eigenen Interessen, als eine unaufgeräumte Arena anhaltender Ressourcenkämpfe und (nach wie vor) zunehmender (und zunehmend intoleranter) Lebensstil-Auseinandersetzungen aller möglicher Art. "Politisches Kapital" (im Sinne Bourdieus 1991b) dient dabei vor allem dazu, andere Ideologien und Lebensweisen zu diskreditieren und die je eigene Sicht der sozialen Welt und die je eigene Vorstellung vom guten, richtigen, sinnvollen Leben als die (einzig) "legitime" durchzusetzen.

Konstatieren läßt sich "summarisch" somit gegenwärtig eine immer unübersehbare Neigung sowohl der aus den stählernen Gehäusen des totalitären Leviathan entlaufenen als auch der aus den goldenen Käfigen des liberalen Wohlfahrtsstaates entlassenen Menschen, ihre Existenzweise, im Extrem: Ihren Lebensstil aus allen möglichen Angeboten und eigenen (skurrilen, wirren, biederen, boshaften und böartigen) Einfällen selber zusammenzubasteln und auf der sozialen Agenda zu "installieren". Irritierenderweise ist nun aber, wie gesagt, das, was bei diesem "Agenda Setting" öffentlich und politisch virulent gemacht wird, keineswegs mehr nur Ausdruck links-emanzipatorischer Selbstbestimmungsideale (wie wir das über Jahrzehnte hinweg unter den Bedingungen liberaler Wohlfahrtsstaatlichkeit gewohnt waren). Immer unüberschbarer und unabweisbarer machen sich eben auch fast vergessene National-Chauvinismen, ethnozentrische Ressentiments und auf alles Fremde gewendete Existenz- und Konsumängste breit - und gewinnen Gestalt in irgendwelchen Aufmarschierern und Niedermachern, Abfacklern und Totschlägern, die einigen bislang schweigenden oder allenfalls vor sich hin murrenden Teilen der Bevölkerung Ventil und Ausdruck zugleich zu geben scheinen.

6. Das Medienszenario des Schreckens

Einen anderen, (bislang) im Schatten der öffentlichen Debatte über Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit stehenden, aber in seinen Langzeitwirkungen noch kaum einschätzbaren Indikator der hier konstatierten Politisierung des (städtischen) Alltagslebens haben wir oben bereits angesprochen: die neue Sicherheitsbewegung bzw. den aktuellen Vigilantismus (vgl. dazu ausführlicher Hitzler 1994a). Entsprechend der von Merton analysierten Logik einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zeigen sich (derzeit wieder zunehmend) Menschen, die meinen, sie hätten "etwas zu verlieren", bereit, sich (wie auch immer) gegenüber anderen, von denen sie sich "alltäglich" bedroht wännen, *aktiv* zur Wehr zu setzen. Konkreter: In Bürger- und Kleinbürgerquartieren formieren sich wehrwillige Selbstschutzinitiativen zur Verteidigung von Leib und Leben, Hab und Gut, Ruhe und Ordnung. Legitimatisiert wird von den Akteuren und ihren Sympathisanten auf eine grassierende Unsicherheit verwiesen - aufgrund zunehmender Bedrohun-

gen unterschiedlichster Art durch kriminelle bzw. kriminalisierte Milieus, die von den staatlichen Ordnungskräften nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnten.

Wichtig für die Einschätzung der Lage durch den Normalbürger sind dabei keineswegs Zahlen, die - nach den Kunstregeln der Statistik - als gesichert gelten können. Orientierungsrelevant sind vielmehr solche dramatisierten "Statistiken", wie wir alle sie aus den Medien kennen: So wurden, Presseberichten zufolge, 1992 von der Polizei in Frankfurt 130.000 Straftaten registriert, d.h. demnach geschah mehr als ein Delikt auf fünf Einwohner; auch in Berlin war es immerhin ein Delikt auf sieben und in Stuttgart noch ein Delikt auf zehn Einwohner. Der polizeilichen Kriminalstatistik zufolge - wie sie medial kolportiert wird - steigt dabei der Anteil der Gewaltkriminalität an der Gesamtzahl der registrierten Delikte von Jahr zu Jahr deutlich an. Insbesondere Straßen-Überfälle nehmen weit überproportional zu, und zwar, so Mrozek (1991, S. 453), in Formen, die früher nur aus dem Ausland bekannt gewesen seien: "Raub an den Ampeln; Hilfe erwartende Verunfallte, die zuschlagen, wenn man ihnen helfen will; vor allem aber der Raub von Handtaschen." Laut Darstellung der Illustrierten "Stern" (3/1993, S. 71) wurden annähernd zwei Drittel der 1992 in Frankfurt begangenen Morde, Totschlagsdelikte und Raubüberfälle und mehr als die Hälfte der Rauschgiftdelikte von Ausländern verübt. Mrozek (1991) spricht von einem "Verbrechens-Import" aufgrund der "sich immer leichter öffnenden Grenzschränken und kaum noch zu kanalisierenden Ströme von Aus- und Übersiedlern, Asylbewerbern und den sogenannten "Touristen".⁵

Noch weitaus katastrophaler als im Westen sieht, wenn man auch hierbei der Medienberichterstattung folgt, die Lage in den neuen Bundesländern aus: Die Zahl der Diebstähle hat sich demnach in den großen Städten Ostdeutschlands gegenüber den DDR-Zeiten verfünffacht, die Zahl der schweren Raubüberfälle hat sich fast versechsfacht, die Zahl der Brandstiftungen versiebenfacht. Es entsteht der Eindruck, als werde der Osten Deutschlands von einer immensen Verbrechenslawine überrollt. Sozialwissenschaftliche, d.h. hinsichtlich der Validität und Reliabilität von Daten typischerweise skrupulösere Experten warnen allerdings vor Fehlinterpretationen aufgrund einfacher Vergleiche der alten DDR-Kriminalstatistiken mit westlichen Erhebungen (vgl. z.B. Lehnert und Schumacher 1991). Gleichwohl konstatieren auch sie "eine erhebliche Zunahme der Aggressivität und

5 Mrozek vertritt damit übrigens keineswegs eine besonders extreme Auffassung. Unbehagen über "offene Grenzen" ist vielmehr ein gängiges Stereotyp in der Debatte um die Innere Sicherheit, das sich z. B. auch im sogenannten "15-Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung" wiederfindet: "Die Öffnung der Grenzen in Osteuropa und Erleichterungen an den Binnengrenzen der Europäischen Union eröffnen auch Kriminellen neue Möglichkeiten" (Bayerisches Staatsministerium des Inneren, S. 17; vgl. auch S. 4).

Brutalität bei der Tatbegehung sowie der Risikobereitschaft der Täter" (S. 597), wobei der steigende Anteil überregional handelnder Täter beachtenswert sei. Auch in den neuen Ländern steigt - neben dem unbefugten Benutzen von Fahrzeugen - die Zahl der schweren Einbrüche, Brandstiftungen, Raubüberfälle und Gewaltandrohungen besonders stark an.

Eine gerade in den neuen Ländern schlecht ausgerüstete und in ganz Deutschland nach Bekunden der eigenen Sprecher chronisch unterbesetzte Polizei (mindestens 60.000 Beamte sollen auf den Revieren fehlen) sieht sich einem ausufernden Verbrechensmilieu gegenüber: von immer besser organisierten, auf Ladendiebstähle und Raubüberfälle spezialisierten Jugendbanden, mit Gewalt und Bestechung arbeitenden mafiaähnlichen Organisationen, über 120.000 Drogenabhängigen, die angeblich ihre Sucht nicht zuletzt über Wohnungseinbrüche, Diebstähle, Raubüberfälle und Drohungen (neuerdings verstärkt unter Einsatz von blutgefüllten Spritzen) finanzieren, und zunehmend auch strafunmündigen Kindern, die von Erwachsenen zum "Klauen und Dealen geschickt" werden, berichtet etwa der "Spiegel" (42/1991, S. 32). Nur zwölf Prozent aller Großstadtbewohner in Deutschland, so der "Stern" (3/1993, S. 72f.), wähen sich noch sicher, jeder zehnte, der über 50jährigen traut sich kaum noch auf die Straße.

Das, in groben Zügen, ist das aktuelle Lebensrisiko- und Existenzangst-Szenario, das die Medien derzeit auffächern und auf die Agenda öffentlicher Aufmerksamkeit setzen. Kolportiert werden dabei ständig erschreckend-eindrucksvolle Statistiken im bewährten Verein mit grausig-grusligen, traumatischen Individual-Erlebnissen und Einzelschicksalen. Derlei Geschichten aus dem Dschungel des Alltagslebens vor allem in den großen Städten erzeugen und stabilisieren hochgradig subjektive Gefühle der Bedrohtheit durch eine anscheinend unaufhaltsam wachsende Kriminalität - relativ unabhängig von *ausbleibenden* eigenen Widerfähnissen, aber durch *jedes* entsprechend definierbare Ereignis im eigenen Lebenshorizont sofort massiv bestätigt und verstärkt.

Die wachsende Wehr-Bereitschaft greift also (relativ) unabhängig von (wie auch immer bestimmbaren) *objektiven* Risiken und Bedrohungen um sich (vgl. Reuband 1992, Hornbostel und Hausmann 1993). Denn die dahinterstehenden Sicherheitsbedürfnisse drücken *tatsächliche* Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung aus. Und entsprechend dem bekannten Diktum von William I. Thomas, wonach die *Definition* einer Situation als "real" reale Konsequenzen zeitigt, resultiert daraus, zunehmend sichtbar werdend, so etwas wie eine (gegenüber unseren zivilisatorischen Gewohnheiten) neue Politisierung der Sicherheitsfrage: Wie gesagt, ob als kommerzielle Wachtdienste beauftragende Interessengemeinschaft, ob als ehrenamtliche Hilfstruppe der Polizei, als nachbarschaftliche Polizeibeachrichtigungsinitiative oder als (gegen) gewaltbereite Verteidigungs- und Wehrgemeinschaft, immer öfter und immer selbstbewußter machen Bürger, machen Normalbürger mobil - gegen Rabauken von rechts und von links, gegen Krimi-

nelle, gegen Ruhestörer und Belästiger, gegen Drogen- und Stricherszenen - und gegen ihre eigenen Umbruchs- und Zukunftsängste. Im allgemeinsten Sinne gesprochen geht es dabei einfach darum, ein Netz zu knüpfen "von aufeinander abgestimmten Pflichten und Rechten, die das Quartier und das Leben lebenswert machen", und dadurch "soziale und innere Sicherheit im Nahraum" herzustellen und aufrechtzuerhalten (Gross 1992, S. 8).

Vereinfacht ausgedrückt: Es sieht so aus, als verlagere sich die politische Gestaltungsmacht von der Dominanz vielfältiger Expertokratien nicht mehr nur zur moralischen Omnipräsenz intellektueller Gegenexperten, sondern verstärkt auch wieder zum Selbsthilfedenken eines gar nicht so unterschwelligen "gesunden Volksempfindens" (s. auch Hitzler und Koenen 1994). Abstrakt gesprochen bedeutet das, daß "Politisches Kapital" nicht mehr beschränkt werden kann auf die traditionellen Entscheidungskontexte und Institutionen, sondern daß es aus diesen freigesetzt und in die Lebens- und Praxiszusammenhänge des Alltags diffundiert wird. "Politisches Kapital" wird sozusagen für jedermann zugänglich und disponibel. Es wird zum zentralen Distinktions-, Differenzierungs- und Verteilungsprinzip zwischen den Akteuren und Akteursgruppen, die in den öffentlichen Raum hereindrängen und diesen damit politisieren.

Jens S. Dangschat und Jörg Blasius
(Hrsg.)

Lebensstile in den Städten

Konzepte und Methoden

Fn 24278



ISBN: 3-8100-1266-1

© 1994 by Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Verarbeitung: Druck Partner Rübemann, Hemsbach
Printed in Germany

Leske + Budrich, Opladen 1994